

Wessen Demokratie?

Ökonomische und politische Ungleichheit im Wechselspiel

Martina Zandonella

Die Idee von gleichen Rechten und gleicher Teilhabe

In Österreich denken beinahe neun von zehn Menschen, dass die Demokratie, trotz mancher Probleme und zahlreicher Herausforderungen, die beste Staatsform ist. Bei genauerem Hinsehen muss dieses Bild differenziert werden – so beinhalten die Demokratievorstellungen von rund einem Drittel der Bevölkerung autoritäre Tendenzen. Die Zustimmung zur Demokratie fällt außerdem bei den Menschen mit mehr ökonomischen Ressourcen höher aus als bei jenen mit weniger. Als Norm ist das demokratische System dennoch in den Köpfen der meist Menschen fest verankert (Zandonella 2020). Die grundlegende Idee von Demokratie geht dabei weit über eine Staats- und Regierungsform hinaus. Demokratie ist eine Gesellschaftsform bzw. eine gesellschaftliche Lebensweise (Tocqueville 1985 (1835/1840)), die auf Gleichheit, Freiheit und Zusammenhalt beruht. Diese drei Prinzipien sind auch für das Demokratieverständnis der Menschen in Österreich zentral, stehen sie doch hinter ihren häufigsten Antworten auf die Frage, was denn Demokratie grundsätzlich ausmache: Gleichheit vor dem Gesetz, ein selbstbestimmtes und freies Leben, sozialer Ausgleich und Risikoabfederung, breite Beteiligung an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen sowie gemeinsame Lösungsfindung bei Interessenskonflikten (Zandonella 2020). Vor diesem Hintergrund haben sich jedoch soziale Schieflagen eingeschlichen: Immer mehr Menschen in den unteren Klassen der europäischen Gesellschaften zweifeln am demokratischen Gleichheitsversprechen. Im Lichte ihrer Alltagserfahrungen hat die repräsentative Demokratie eben nicht zu mehr Gleichheit, Freiheit und Zusammenhalt geführt, sondern – im Gegenteil – zu Ausschluss und Benachteiligung. Über dieses Wechselspiel aus ökonomischer und politischer Ungleichheit, dessen empirische Grundlagen und weitreichende Konsequenzen berichten die kommenden Seiten.

Auch der Politikwissenschaftler John Dunn hält in seiner Aufarbeitung der Geschichte der Demokratie fest, dass der Reiz von Demokratie in ihrem Anspruch an und auf Gleichheit liegt (Dunn 2019: 170). Für die Menschen beinhaltet dies das Versprechen auf gleiche Rechte und gleiche Teilhabe – der demokratischen Idee folgend ist es demnach egal wer ich bin, was ich besitze oder woher ich komme: Ich bin gleich viel wert, habe den gleichen Zugang zu demokratischen Errungenschaften und kann im selben Ausmaß meine und unsere gemeinsamen Lebensumstände politisch mitgestalten. In dieser Hinsicht ist die Geschichte der Demokratie eine Geschichte des Erfolgs, denn im Lauf der Zeit wurden immer mehr Bevölkerungsgruppen als politisch Gleiche anerkannt und immer mehr Menschen haben Beteiligungsrechte erhalten. Die Geschichte bleibt jedoch auf einem Auge blind, wenn sie ausblendet, dass diese Berechtigungen nie großzügig verteilt wurden, im Gegenteil (Lessenich 2019). Ob von den ArbeiterIn-

nen-, Frauen- oder BürgerInnenrechtsbewegungen (um nur einige Beispiele zu nennen): Politische Gleichheit und Beteiligungsrechte mussten stets gegen die jeweils herrschenden Machtverhältnisse erkämpft werden. Darin spiegelt sich jener Gegensatz, der der Demokratie als Gesellschaftsform bzw. als vergesellschaftete Politik eigen ist: Einerseits integriert sie untergeordnete Klassen und stellt damit die bürgerliche Herrschaft sicher; Andererseits bieten ihre Institutionen den Rahmen für die Emanzipation eben dieser Klassen und für eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse (Dörre 2020: 250).

Das Versprechen von gleichen Rechten und gleicher Teilhabe stößt auch heute noch an zahlreiche Grenzen. Um diese aufzuspüren, reicht ein Blick vor die eigene Haustür, denn auch in Österreich sind nach wie vor Teile der Bevölkerung von politischer Mitsprache ausgeschlossen. So durfte bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl im Oktober 2020 nahezu ein Drittel der WienerInnen aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaften nicht wählen (Statistik Austria 2021). Weniger offensichtlich als diese Grenze zwischen Nicht-Berechtigten und Berechtigten verlaufen die Grenzen innerhalb der Berechtigten, ein Beispiel hierfür: Bei der Nationalratswahl im Herbst 2019 haben 17% der Menschen im obersten Einkommensdrittel ihre Stimme nicht abgegeben, jedoch 41% der Menschen im untersten Einkommensdrittel (Zandonella 2019).

Diese Grenzen bzw. Ungleichheitsachsen sind nicht unabhängig voneinander. Bereits aus den zwei genannten Achsen konstruiert sich Exklusion von gleichen Rechten und gleicher Teilhabe auf vielfältige Art und Weise. Dabei teilt vertikale Ungleichheit die Gesellschaft entlang der Verfügbarkeit von sozioökonomischen Ressourcen wie Besitz, Einkommen oder formaler Bildung in ein Oben und Unten. Horizontale Ungleichheit umfasst wiederum Merkmale wie Geschlecht, Staatsbürgerschaft oder sexuelle Orientierung, die auch bei gleicher Position im vertikalen Gefüge Ungleichheiten bedingen (Burzan 2011). Die enge Verwobenheit dieser Ungleichheitsachsen hat zuletzt die zu Beginn der Corona Pandemie aufgeflamte Diskussion über systemrelevante Berufe gezeigt:

Im Frühjahr 2020 standen plötzlich Beschäftigte im Vordergrund, deren Erwerbsarbeit davor weitgehend unbeachtet geblieben ist – die RegalbetreuerInnen und KassiererInnen in den Supermärkten, die Reinigungskräfte, die BerufsfahrerInnen und Lieferdienste, die Kranken- und AltenpflegerInnen oder die ErntehelferInnen. In all diesen Berufen und Dienstleistungen sind besonders häufig ausländische StaatsbürgerInnen und/oder Frauen tätig, die Gehälter und die gesellschaftliche Anerkennung sind gering, die Arbeitsbelastungen hoch (Schönherr/Zandonella 2020). Während diese Beschäftigten also einen wesentlichen Beitrag für das alltägliche Funktionieren unserer Gesellschaft leisten, sind sie selbst vielfach von gleichen Rechten (allen voran dem Wahlrecht) und gleicher Teilhabe (an ökonomischer Sicherheit, gesellschaftlicher Anerkennung oder guten Arbeitsbedingungen) ausgeschlossen. Ihre Arbeit verschafft außerdem den im vertikalen Gefüge der Gesellschaft höherstehenden Klassen erst den Raum und die Zeit für die Ausübung ihrer BürgerInnenrechte – ein Muster, das der Demokratie seit ihren Anfängen immanent ist und welches wir bis heute reproduzieren. Dementsprechend war auch die Aufmerksamkeit für die im Zuge der Pandemie neu als systemrelevant definierten Berufe und Dienstleistungen nur vorübergehend und eine nachhaltige Aufwertung bzw. Anerkennung hat bislang – trotz vollmundiger Ankündigungen – nicht stattgefunden.

Das Spannungsfeld zwischen politischer Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit

Zu Zeiten Aristoteles ebenso wie im 21. Jahrhundert – in seiner Analyse über demokratische Teilhabe als Verteilungsproblem liegt für den Soziologen Stephan Lessenich auf der Hand, dass die Grenzen der Demokratie zuallererst von oben gezogen werden (Lessenich 2019: 39). Dies hängt auch damit zusammen, dass mit Demokratie und Kapitalismus zwei Organisationsformen aufeinandertreffen, die gänzlich verschiedene Voraussetzungen haben. So gründet Kapitalismus auf der ungleichen Verteilung von Eigentum und bringt beständig ökonomische Ungleichheit hervor. Im Gegensatz dazu basieren demokratische Systeme auf gleichen Rechten und gleicher Teilhabe (Elsässer 2018). Damit prägt ökonomische Ungleichheit jene Rahmenbedingungen, die unter politisch Gleichen gestaltet werden sollen, gleichzeitig soll das Konzept der politischen Gleichheit zugrundeliegende ökonomische Ungleichheiten ausgleichen.

Ein zentraler Mechanismus innerhalb dieses Kreislaufes ist der Sozialstaat, der als demokratisch legitimierte und gesamtgesellschaftliche Gestaltungsinstrument einen gewissen Ausgleich zwischen Arm und Reich schafft. Gelten beispielsweise in Wien vor den Sozialtransfers 51 % der Menschen als armutsgefährdet, sind es nach der sozialstaatlichen Umverteilung 21 % (Statistik Austria 2019). Als sowohl Adressat als auch Ausdruck demokratischer Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse ist der Sozialstaat dabei weder statisch noch abstrakt – in seiner jeweils aktuellen Form spiegeln sich unterschiedliche Interpretationen von Gesellschaft sowie politische und ökonomische Machtverhältnisse (Renwick 2017; Preglau 2002). Nachvollzogen werden kann dies u.a. am Beispiel aktiver Arbeitsmarktpolitik:

Diese zielt darauf ab, die Beschäftigungsfähigkeit arbeitsloser Menschen unter sich schnell ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sicherzustellen (Atzmüller 2009: 24) und knüpft den Bezug von Leistungen an Gegenleistungen. Dahinter verbirgt sich auch eine veränderte Sicht auf Arbeitslosigkeit: Diese wird nun weniger systemisch und als Folge von Arbeitsmarktproblemen gesehen, sondern vielmehr in der Eigenverantwortung des arbeitslosen Menschen verankert und mit individuellen Defiziten – mangelnde oder falsche Qualifikation, fehlende Motivation, unzureichende örtliche Flexibilität – verbunden. Eine Konsequenz daraus ist die Unterscheidung zwischen Menschen, die sich wie gewünscht verhalten und jenen, die einer Sanktion bedürfen bzw. letztlich zwischen Menschen, die Sozialleistungen verdienen und solchen, die dies nicht tun. Besonders hervor sticht in diesem Zusammenhang auch das unterschiedliche Ausmaß an Kontrollen und Disziplinierungen, denen arme Menschen im Vergleich zu reichen Menschen ausgesetzt sind (Wright 2016; Harrison/Sanders 2014; Wacquant 2009). Ein Verstoß gegen den Gleichheitsgedanken, dem bereits seit den 1950er Jahren das Konzept von *social citizenship* entgegengehalten wird. Dieses inkludiert neben bürgerlichen Rechten und politischen Rechten auch soziale Rechte, die notwendig sind, um in kapitalistischen Gesellschaften überhaupt handlungsfähig zu sein (Dwyer 2010; Fraser/Gordon 1992; Marschall 1950).

Dass Handlungsfähigkeit im globalisierten Konzernkapitalismus (Boltanski/Chiappello 2003) exklusiver wird, zeigt ein Blick auf die ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Global betrachtet wurden die Ungleichheiten zwischen den Ländern zwar geringer, innerhalb der Länder jedoch größer. Dabei haben in ärmeren Ländern

allen voran die Mittelschichten vom starken wirtschaftlichen Wachstum profitiert, während in den reicheren Ländern die Entwicklung anders verlief: Arme Bevölkerungsgruppen und Mittelschichten verzeichneten stagnierende bis sinkende Einkommen, reiche Bevölkerungsgruppen hingegen beträchtliche Einkommenszuwächse (Alvaredo et al. 2017; Lakner/Milanovic 2016). Auch in Österreich ist ökonomische Ungleichheit seit den 1980er Jahren wieder auf dem Vormarsch: Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse stiegen an, einen Arbeitsplatz zu finden oder langfristig zu behalten wurde schwieriger. Im Vergleich zu unselbständigen Einkommen sind Unternehmens- und Vermögenserträge überproportional angestiegen, bei den Einkommen haben wiederum die höheren weitaus stärker zugelegt als die niedrigeren. Im selben Zeitraum wurde der Zugang zu sozialen Sicherungsleistungen erschwert und deren Höhe reduziert (AMS 2021; Sozialministerium 2021; Altzinger et al. 2020; Knittler 2016). Noch einmal ungleicher verteilt als Einkommen ist in Österreich Vermögen: Das reichste Prozent der Menschen besitzt inzwischen 41 Prozent des gesamten Nettovermögens, die untere Hälfte lediglich 3 Prozent (Ferschli et al. 2017). Aktuell verschärft die Corona Pandemie diese Entwicklungen: So berichten in Österreich 12 % im obersten Einkommensdrittel, dass sich ihre finanzielle Lage im Zuge der Pandemie verschlechtert hat, jedoch 64 % im untersten Einkommensdrittel (Zandonella 2020, siehe auch den Beitrag von Hubmann/Rendl in diesem Heft).

Der Partizipations-Gap: Ökonomische Ungleichheit und politische Beteiligung

Wie steht es unter diesen Bedingungen nun um die politische Gleichheit? Erste Antworten auf diese Frage liefert ein Blick auf die Zusammenhänge zwischen ökonomischer Ungleichheit und Wahlbeteiligung. Für zahlreiche europäische Länder ist dabei bereits seit längerem bekannt, dass mit steigender Einkommensungleichheit die Wahlbeteiligung sinkt (Solt 2008). Zentraler Grund hierfür ist, dass Menschen mit geringen Einkommen seltener zur Wahl gehen (Schäfer/Schwander 2019; Dalton 2017). Dies gilt auch für Österreich: An der Nationalratswahl im Herbst 2019 haben 83 % der Wahlberechtigten obersten Einkommensdrittel teilgenommen, jedoch nur 59 % der Wahlberechtigten im untersten Einkommensdrittel (Zandonella 2019). Auf regionaler Ebene verdichtet sich dieses Bild. So lag die Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl 2019 in Wiener Bezirken mit geringem Durchschnittseinkommen und hoher Arbeitslosigkeit deutlich unter der Wahlbeteiligung in Bezirken mit hohem Durchschnittseinkommen und geringer Arbeitslosigkeit (Stadt Wien 2020). Die Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs (2018) hat zudem festgestellt, dass dieses Muster in den 1990er Jahren Einzug hielt, also kurz nachdem die aufgezeigten Entwicklungen rund um die Zunahme ökonomischer Ungleichheit einsetzten.

In einer gemeinsamen Forschungsarbeit haben Tamara Ehs und ich die Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Ressourcen und Wahlbeteiligung für Wien näher untersucht. Nun kann auch für die noch einmal kleinräumlichere Ebene von Stadtteilen festgehalten werden: Je weniger sozioökonomische Ressourcen in einem Stadtteil zusammenkommen, desto geringer fällt die Wahlbeteiligung in diesem Stadtteil aus.

Tatsächlich geht bei dieser kleinräumlichen Betrachtung der Spalt in der Wahlbeteiligung noch einmal weiter auf: Unterschied sich die Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl 2019 zwischen den Bezirken um bis zu 15 Prozentpunkte, lag die Differenz zwischen den Stadtteilen bei bis zu 28 Prozentpunkten. Ausgehend vom durchschnittlichen Stadtteil hat dabei jedes Prozent mehr an arbeitslosen WienerInnen im Stadtteil die Wahlbeteiligung um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Demgegenüber haben jede 1.000 Euro mehr an Durchschnittseinkommen im Stadtteil die Wahlbeteiligung um einen Prozentpunkt erhöht. Eine an diese Strukturdatenanalyse anschließende repräsentative Befragung hat außerdem bestätigt, dass es tatsächlich die Menschen mit weniger sozioökonomischen Ressourcen sind, die seltener zur Wahl gehen – ihre soziale Lage und geringe Wahlbeteiligung kumulieren dann in den jeweiligen Stadtteilen (Zandonella/Ehs 2020).

Der Beteiligungsspalt vertieft sich, wenn auch noch andere Partizipationsformen wie Demonstrationen, Bürgerinitiativen oder die Mitarbeit in Parteien und Interessensvertretungen berücksichtigt werden. Dabei beteiligen sich Menschen nicht nur umso häufiger, sondern auch umso umfassender, je mehr Ressourcen sie zur Verfügung haben (Dalton 2017). Dies gilt auch für Österreich: In den letzten fünf Jahren haben rund 60% der Menschen im obersten Einkommensdrittel ihre Anliegen über zumindest 3 unterschiedliche Wege in den politischen Prozess eingebracht. Selbiges gilt für nur jede/n Dritten im untersten Einkommensdrittel. Gar nicht politisch beteiligt haben sich wiederum 3% der Menschen im obersten Einkommensdrittel, jedoch 21% der Menschen im untersten Einkommensdrittel (Zandonella 2019).

Dabei hätten gerade Menschen mit geringen ökonomischen Ressourcen guten Grund, sich zu beteiligen, denn die Mehrzahl von ihnen denkt, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Österreich ungerecht ist (Zandonella 2019). Ungerechtigkeitsempfinden ist jedoch nur ein erster Schritt auf dem Weg zur politischen Beteiligung. Eine notwendige Voraussetzung für das Umsetzen dieser Empfindung in eine politische Handlung ist die Überzeugung, mit dieser Handlung auch etwas bewirken zu können. Im untersten Einkommensdrittel denken jedoch drei Viertel der Menschen, keinen Einfluss darauf zu haben, was die Politik in Österreich macht. Daran anschließend ist auch ihr Vertrauen in das politische System gering: Im Herbst 2020 waren 78% der Menschen im obersten Einkommensdrittel und 70% der Menschen im mittleren Drittel davon überzeugt, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Im untersten Einkommensdrittel galt dies nicht einmal für die Hälfte der Menschen (43%) (Zandonella 2020).

Aber manche sind gleicher: Von der ökonomischen zur politischen Ungleichheit

Ausschlaggebend für das geringere Systemvertrauen und die geringere politische Beteiligung der Menschen im untersten Einkommensdrittel sind spezifische Erfahrungen, die sie entlang ihrer sozialen Lage mit der bzw. als Teil von Demokratie machen. Neben alltäglicher finanzieller Unsicherheit und einer stärkeren Betroffenheit von Krisenphänomene sind dabei Abwertungserfahrungen besonders weit verbreitet: Die Mehrzahl

der Menschen im untersten Einkommensdrittel bekommt von der Gesellschaft vermittelt, dass ihre Bildungsabschlüsse, ihre Arbeit und ihre Lebensweise weniger wert sind. Auch von politischen AkteurInnen erfahren die Menschen im untersten Einkommensdrittel häufig Abwertung – drei Viertel von ihnen haben den Eindruck, dass die Politik sie wie Menschen zweiter Klasse behandelt (Zandonella 2020).

Vorenthalten wird ihnen außerdem der Zugang zu öffentlichen Gütern, die oft als demokratische Errungenschaften verstanden werden, wie etwa Bildung, Arbeit, Wohnen oder Gesundheitseinrichtungen: Mehr als die Hälfte der Menschen im untersten Einkommensdrittel berichtet in diesen Bereichen von Diskriminierung (Zandonella 2020). Tatsächlich besuchen zwar 80 Prozent der Kinder aus Haushalten mit hohem Einkommen ein Gymnasium, jedoch nur 19 Prozent der Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten (Lamei et al. 2017). Schließlich werden die Menschen im untersten Einkommensdrittel auch häufig von Mitbestimmung am Arbeitsplatz ausgeschlossen: Während zwei Drittel der Beschäftigten im obersten Einkommensdrittel zumindest gelegentlich bei der Arbeit mitbestimmen können, wenn für die Belegschaft wichtige Entscheidungen getroffen werden, gilt selbiges für nur ein Drittel der Beschäftigten im untersten Einkommensdrittel (Zandonella 2020). Mit Gleichwertigkeit, gleichem Zugang zu demokratischen Errungenschaften und Mitbestimmung sind zentrale Versprechen der Demokratie also auch in Österreich von den zur Verfügung stehenden ökonomischen Ressourcen abhängig. Dass sich mehr als die Hälfte der Menschen im untersten Einkommensdrittel nicht als Teil der Demokratie fühlt (Zandonella 2020), verwundert an dieser Stelle nicht mehr.

Offen ist nun noch, inwieweit die Überzeugung der Menschen im untersten Einkommensdrittel zutrifft, dass ihre Stimme im politischen Prozess nicht zähle. Ist dies „nur“ ein subjektiver Eindruck oder übersetzt sich ökonomische Ungleichheit tatsächlich in ungleichen politischen Einfluss und damit in politische Ungleichheit? Für die USA wurde diese Frage schon vor einiger Zeit beantwortet: Die Anliegen der obersten Einkommensklassen und die Forderungen wirtschaftsnaher Interessensgruppen finden sich wesentlich häufiger in den politischen Entscheidungen als die Anliegen der unteren Klassen und ihrer Interessensvertretungen (Gilens 2005; Gilens/Page 2014). Als wesentlicher Grund hierfür gelten die für die USA spezifische private Parteienfinanzierung und die sich daraus ergebende Abhängigkeit der PolitikerInnen von finanziellen Großspenden. Demzufolge sollte eine solche Schieflage in Europa – bei anderen institutionellen Voraussetzungen und einer überwiegend öffentlichen Finanzierung von Parteien – eigentlich nicht auftreten. Die Ökonomin Lea Elsässer (2018) verweist jedoch für Deutschland auf ein den USA ähnliches Bild: Für einen Zeitraum von mehr als dreißig Jahren (1980 bis 2013) hat sie festgestellt, dass die Entscheidungen des Bundestages nahezu ausschließlich den politischen Anliegen der oberen Einkommensklassen gefolgt sind – unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation und in sämtlichen Politikfeldern, allen voran jedoch im Sozial- und Arbeitsmarktbereich. Die unteren Einkommensklassen sahen ihre Anliegen nur dann umgesetzt, wenn sie jenen der oberen Klassen entsprachen, wenn der politischen Entscheidung also ein gesellschaftlicher Konsens vorausging (Elsässer 2018). Ökonomische Ungleichheit führt also auch in demokratischen Systemen mittel- und nordeuropäischer Ausprägung zu politischer Ungleichheit. Setzen sich im politischen Prozess in erster Linie die oberen Klassen durch, versagt nicht nur die Demokratie. Dies hat auch massive Auswirkungen auf die Lebens-

bedingungen der unteren Klassen: Während jener dreißig Jahre, die Lea Elsässer (2018) untersucht hat, fand in Deutschland ein massiver Umbau des Sozialstaates statt. Kürzungen der sozialen Absicherung gingen mit deren Bindung an Gegenleistungen im Sinne aktiver Arbeitsmarktpolitik einher – für die Menschen bedeutet dies häufig Druck, Arbeit anzunehmen, für die sie überqualifiziert sind, Arbeit für geringeren Lohn bis hin zu Arbeit im Niedriglohnsektor und 1-Euro-Jobs. Lea Elsässer (2018) konnte zeigen, dass diese Entwicklungen den Anliegen der oberen Klassen entsprachen, sie hatten jedoch auch verteilungspolitische Konsequenzen: Die Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und die Ungleichheit am Arbeitsmarkt hat in Deutschland weiter zugenommen. Während ökonomische Ungleichheit zu politischer Ungleichheit führt, verschärft eben diese politische Ungleichheit wiederum die bereits bestehende ökonomische Ungleichheit. Das Verhältnis zwischen ökonomischer und politischer Ungleichheit ist also ein wechselseitiges und es steht im Dienste der oberen Klassen.

Government of the upper two thirds, by the elites, for the rich

Im Wechselspiel von ökonomischer und politischer Ungleichheit übersetzen also diejenigen, die bereits über mehr Kapital verfügen, diesen Vorteil auch noch in politischen Ertrag. Im Gegensatz dazu haben die unteren Klassen immer weniger Grund, sich politisch zu beteiligen – nicht nur ihre Anliegen, sondern auch sie selbst finden im demokratischen Prozess kaum mehr Platz. So dominieren in den Parlamenten das Bildungsbürgertum und die oberen Einkommensklassen (Hartmann 2018), während die reichsten zehn Prozent hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Interessen nicht mehr auf ihre Stimme bei Wahlen oder ein politisches Mandat angewiesen sind – sie kaufen sich PolitikerInnen, Parteien und Medien (Cagé 2020).

Diese Koppelung von politischer Macht an sozioökonomische Ressourcen untergräbt die politische Gleichheit und entzieht den unteren Klassen systematisch und dauerhaft die Teilhabe an der politischen Gestaltung ihrer Lebensumstände. Sie verweist auch darauf, dass rechtliche Gleichheit allein nicht ausreicht, um in einem demokratischen Setting innerhalb kapitalistischer Rahmenbedingungen gleiche Teilhabe zu gewährleisten (siehe auch den Beitrag von Prainsack/Wagenaar in diesem Heft). Denn sowohl politische Beteiligung als auch die Responsivität des demokratischen Systems folgen einer eindeutig sozioökonomischen Logik. Zwei entscheidende Faktoren sind hierbei finanzielle Ressourcen und gesellschaftliche Anerkennung – ohne mehr Gleichheit in diesen Bereichen wird Demokratie wieder zunehmend zu einer exklusiven Veranstaltung der oberen Klassen.

Nun haben klassenbezogene Analysen von Gesellschaft im Zuge der steigenden ökonomischen Ungleichheit wieder an Bedeutung gewonnen, nachdem sie für einige Jahrzehnte als nicht mehr zeitgemäß aus Wissenschaft und Politik verbannt waren. Die Klassenvergessenheit des öffentlichen Diskurses hat jedoch Gesellschaften neuen Typs hervorgebracht, die der Soziologe Klaus Dörre als demobilisierte Klassengesellschaften bezeichnet: Während klassenspezifische Ungleichheit zunimmt, verfügen die lohnabhängigen Klassen über keine angemessene Repräsentation ihrer Klasseninteressen mehr (Dörre 2020: 241). In vielfach fragmentierten Gruppen kämpfen sie um Teilhabe, wobei

der fehlende Klassenbezug Solidarität untergräbt und wechselseitige Konkurrenz, Abgrenzung sowie Abwertung fördert. Flankiert wird dies von den rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Gruppierungen und Parteien, die mit ihren Narrativen die lohnabhängigen Klassen spalten, um dann einem Teil von ihnen Zugehörigkeit und Schutz anzubieten. Demgegenüber findet die vielfach geäußerte Kapitalismus- und Ausbeutungskritik der Menschen im unteren Einkommensdrittel kaum politische Verdichtung und verliert sich in individuellen Ohnmachtserfahrungen. Die zunehmende Wahlabsistenz im unteren Einkommensdrittel kann dann zwar als aggregiertes Verhalten aus unseren Daten extrahiert werden, sie ist jedoch kein Ausdruck von selbstbewusstem und solidarischem Klassenhandeln in Hinblick auf gleiche Rechte und gleiche Teilhabe.

Anmerkung

- 1 Der von Elsässer et al. (2018) für einen ihrer Beiträge in Anlehnung an Abraham Lincolns Gettysburg Address („Government of the people, by the people, for the people“) gewählte Titel „Government of the people, by the elites, for the rich“ wird an dieser Stelle aufgegriffen und noch einmal zugespitzt.

Literatur

- Altzinger, Wilfried/Lamei, Nadja/Rumplmaier, Bernhard/Schneebaum, Alyssa (2013): Intergenerationale soziale Mobilität in Österreich. In: Statistische Nachrichten 1, 48–52.
- Altzinger, Wilfried/Humer, Stefan/Moser, Mathias (2020): Entwicklung und Verteilung der Einkommen. In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.): Sozialbericht, 227–268.
- Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2017): Global inequality dynamics: New findings from Wid.world. In: American Economic Review 107, 404–409.
- AMS (2021): Arbeitsmarktdaten. <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/>, 4.4.2021
- Atzmüller, Roland (2009): Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik. In: Kurswechsel, 4, 24–34.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz: UVK.
- Burzan, Nicole (2011): Soziale Ungleichheit. Berlin: Springer.
- Cagé, Julia (2020): The Price of Democracy. How money shapes politics and what to do about it. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Dalton, Russel (2017): The Participation Gap. Social Status and Political Inequality. Oxford: University Press.
- Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dunn, John (2019): Setting the people free. The story of democracy. Princeton: University Press.
- Dwyer, Peter (2010): Understanding social citizenship. Themes and perspectives for policy and practice. Bristol: Policy Press.
- Ehs, Tamara (2018): Wien wählt (nicht). In: Perspektiven. Policy brief 6/2018 des Jahoda-Bauer-Instituts.
- Elsässer, Lea (2018): Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt am Main: Campus.
- Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin (2018): Government of the people, by the elites, for the rich: Unequal responsiveness in an unlikely case. In: MPIfG Discussion Paper No. 18/5.
- Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael (2017): Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich. In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 167. https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/wirtschaftswissenschaften/Bestaende_und_Konzentration_privater_Vermoegen_in_Oesterreich.pdf, 4.4.2021

- Fraser, Nancy/Gordon, Linda (1992): Contract versus charity: Why is there no social citizenship in the United States? In: *Socialist Review*, 22, 45–65.
- Gilens, Martin (2005): Inequality and democratic responsiveness. In: *Public Opinion Quarterly*, 69, 5, 778–796.
- Gilens, Martin/Page, Benjamin (2014): Testing theories of American politics: elites, interest groups, and average citizens. In: *Perspectives on Politics*, 12, 3, 564–581.
- Harrison, Malcolm/ Sanders, Teela (2014): *Social policies and social control. New perspectives on the 'not-so-big society'*. Bristol: Policy Press.
- Hartmann, Michael (2018): *Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden*. Frankfurt/New York: Campus.
- Knittler, Käthe (2016): Atypische Beschäftigung im Jahr 2015 und im Verlauf der Wirtschaftskrise. In: *Statistische Nachrichten* 6 (2016), 416–422.
- Lakner, Christoph/Milanovic, Branko (2016): Global income distribution: From the fall of the Berlin Wall to the great recession. In: *World Bank Economic Review* 30, 203–232.
- Lamei, Nadja/Skina-Tabue, Magdalena/Aichholzer, Julian/Glaser, Thomas/Göttlinger, Susanne/Heuberger, Richard/Oismüller, Anneliese/Riegler, Romana (2017): *Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich*. In: BMASK (Hrsg.): *Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen 2015–2016. Sozialpolitische Analysen*. <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372> , 4.4.2012.
- Lessenich, Stephan (2019): *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart: Reclam.
- Marshall, Thomas (1950): *Citizenship and social class*. Cambridge: University Press.
- Preglau, Max (2002): Das Solidarprojekt Sozialstaat – gestern, heute, morgen. In: *SWS-Rundschau*, 43 (3), 353–368.
- Renwick, Chris (2017): *Bread for all. The origins of the welfare state*. London: Penguin Random House.
- Schäfer, Armin/Schwander, Hanna (2019): Don't play if you can't win: Does economic inequality undermine political equality? In: *European Political Science Review*, 11, 395–413.
- Schönherr, Daniel/Zandonella, Martina (2020): *Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich*. https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsundsoziales/arbeitsmarkt/AK_Studie_Arbeitsbedingungen_in_systemrelevanten_Berufen.pdf, 4.4.2021.
- Solt, Frederick (2008): Economic Inequality and Democratic Political Engagement. In: *American Journal of Political Science*, 52 (1), 48–60.
- Sozialministerium (2021): *BALI-Datenbank*. <https://www.dnet.at/bali/https://www.dnet.at/bali/>, 4.4.2021.
- Stadt Wien (2020): *Nationalratswahl 2019. Ergebnisse der Wiener Wahlbehörden*. <https://www.wien.gv.at/wahl-ergebnis/de/NR191/index.html>, 4.4.2021.
- Statistik Austria (2019): *EU-SILC Tabellenband 2019*. https://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html , 9.2.2021.
- Statistik Austria (2021): *Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland*. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html, 4.4.2021.
- Tocqueville, Alexis de (1985): *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart: Reclam.
- Wacquant, Loic (2009): *Punishing the poor. The neoliberal government of social insecurity*. Durham/London: Duke University Press.
- Wright, Sharon (2016): Conceptualizing the active welfare subject: Welfare reform in discourse, policy and lived experience. In: *Policy and Politics*, 44, 235–252.
- Zandonella, Martina (2019): *Österreichischer Demokratie Monitor 2019*. <http://www.demokratiemonitor.at>, 12.4.2021.
- Zandonella, Martina (2020): *Österreichischer Demokratie Monitor 2020*. <http://www.demokratiemonitor.at>, 12.4.2021.
- Zandonella, Martina/Ehs, Tamara (2020): *Die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Demokratie*. [https://www.sora.at/index.php?id=182&tx_ttnews\[tt_news\]=1040](https://www.sora.at/index.php?id=182&tx_ttnews[tt_news]=1040) , 4.4.2021.